

## 1056 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XI. GP.

26. 11. 1968

### Regierungsvorlage

**Bundesgesetz vom XXXXXXXXXX  
1969 über das Erlöschen der Regreßforderung  
des Bundes gegen die Seidenweberei Hans  
Janisch KG.**

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Die Regreßforderung des Bundes aus der Haftungsinanspruchnahme gemäß Garantie-

gesetz 1955, BGBl. Nr. 159, gegen die Seidenweberei Hans Janisch KG. in Höhe von 2,584.000 S gilt mit Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes als erloschen.

§ 2. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Finanzen betraut.

### Erläuternde Bemerkungen

Die Seidenweberei Hans Janisch KG., Traismauer, wurde 1945 von der russischen Besatzungsmacht als deutsches Eigentum beschlagnahmt und unter USIA-Verwaltung gestellt. Das Unternehmen mußte während der Zwangsverwaltung beträchtliche Verwaltungs- und Steuerabgaben sowie die Gewinne an die USIA-Verwaltung abführen. Nach Abschluß des österreichischen Staatsvertrages wurden von den gegenüber der sowjetischen Militärbank verbliebenen Verbindlichkeiten in Höhe von 4,167.278'60 S 1,448.653'60 S nachgelassen und 2,718.625 S von der Österreichischen Kontrollbank AG. umgeschuldet. Dieser Umschuldungskredit sollte in jährlichen Raten à 68.000 S zurückbezahlt werden. Für den Umschuldungskredit hat der Bund nach dem Garantiesetz 1955, BGBl. Nr. 159, die 100 % Ausfallhaftung übernommen. Das Unternehmen wurde 1957 an die früheren Eigentümer zurückgestellt und beschäftigt zur Zeit zirka 80 Arbeiter und Angestellte. Die Betriebsanlagen sind zum Großteil veraltet und entsprechen bei weitem nicht mehr den technischen Erfordernissen. Eine Erneuerung der Betriebsanlagen ist daher unbedingt erforderlich. Dies ist aber nur durch die Aufnahme von Fremdkapital möglich. Der Versuch, die erforderlichen Investitionen aus Eigenmitteln zu finanzieren, führte im Jahre 1966 zu einer akuten Liquiditätskrise und mußte daher aufgegeben werden.

Die Aufnahme von Fremdkapital stößt jedoch infolge der Regreßforderung des Bundes aus dem gegenständlichen Umschuldungskredit auf die größten Schwierigkeiten. Zur Durchführung der notwendigen Investitionen wird ein Kredit von zirka 3 Millionen Schilling benötigt. Die Verzinsung und Rückzahlung dieses Kredites ist jedoch nach Auffassung der Sachverständigen nur dann möglich, wenn der Bund auf seine Regreßforderung in Höhe von 2,584.000 S verzichtet. Eine Stundung der Zinsen und Tilgungsraten würde zwar eine kassenmäßige Erleichterung bringen, aber weder eine Sanierung der Bilanz bewirken noch eine Aufnahme von Fremdkapital erleichtern. Die zwangsweise Eintreibung der Forderung aber würde mit Sicherheit die Insolvenz des Unternehmens und damit den Verlust des Arbeitsplatzes von zirka 80 Arbeitern und Angestellten zur Folge haben. Dies würde aber auch die wirtschaftliche und soziale Situation im Raume Traismauer, das ohnehin zu den wirtschaftlichen Notstandsgebieten zählt, verschärfen. Der Verzicht auf die Regreßforderung würde dem Unternehmen die Verbesserung der Produktionsmittel ermöglichen und den Beschäftigten ihren Arbeitsplatz sichern.

Der vorliegende Gesetzentwurf hat eine Verfügung über Bundesvermögen zum Gegenstand, sodaß er gemäß Art. 42 Abs. 5 des Bundes-Verfassungsgesetzes nicht dem Einspruchsrecht des Bundesrates unterliegt.